

# 75 JAHRE Schwäbisches Tagblatt

## Tübinger Chronik

Einzelpreis € 1,90  
Donnerstag, 29. Oktober 2020

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEN LANDKREIS TÜBINGEN UND DIE REGION

IM VERBUND DER  
SÜDWEST PRESSE

### Aus der Region



#### Die Wirklichkeit im Netz einfangen

**Regionale Kultur.** In den Kinos der Region und im Internet haben gestern die 37. Französischen Filmtage begonnen, die nach den Vorgaben der Bundespolitik von Montag an nur noch online stattfinden könnten. Das trübte die ohnehin gedrückte Eröffnungstimmung noch weiter ein.

#### Enkeltrick-Betrüger erneut vor Gericht

**Reutlingen.** Ein wegen bandenmäßigem Betrug vorbestrafter Mann steht jetzt vor dem Amtsgericht. Er wurde im Mai dieses Jahres auf frischer Tat erappt, als er die Ersparnis einer Seniorin abholen wollte. Die 82-Jährige war auf den Enkeltrick hereingefallen, hatte dann aber doch die Polizei gerufen.



#### Kein „Lockdown-light“ für die Theater!

**Regionale Kultur.** Strukturell, wirtschaftlich und betriebspsychologisch wären die angekündigten Pandemieverschärfungen eine Katastrophe für die Bühnen – da waren sich die Theatermacher beim gestrigen Treff des Landesbühnenvereins einig. LTT-Chef Thorsten Weckherlin erklärt, wieso.

#### Ab Montag rollen keine Bälle mehr

**Regionalsport.** Nach den Vorgaben der Bundesregierung muss sich der Amateursport auf drastische Einschnitte einstellen. Ab Montag ruht der Trainings- und Spielbetrieb, Schwimmbäder und Fitness-Studios werden geschlossen. Nur Individualsport bleibt erlaubt.

### Das Wetter

im Südwesten

10/7 Heute    12/8 Freitag    14/5 Samstag

**So erreichen Sie uns:**  
Tagblatt-Zentrale 0 70 71 / 9 34-0  
Anzeigenannahme 0 70 71 / 9 34-4 44  
e-Mail: anzeigen@tagblatt.de  
Abo und Zustellung 0 70 71 / 9 34-2 22  
e-Mail: vertrieb@tagblatt.de  
Redaktion 0 70 71 / 9 34-3 02 / 3 03  
e-Mail: redaktion@tagblatt.de  
Uhlandstraße 2, 72072 Tübingen  
Nummer 251 • 76. Jahrgang • E 6217 A



# Merkel setzt Lockdown durch

Von Montag an müssen die Deutschen wieder mit deutlich härteren Einschnitten leben. Im Kampf gegen das Coronavirus werden die sozialen Kontakte eingeschränkt. Besonders betroffen sind Gastronomie, Kultur und Sport.

Themen des Tages

## Eltern unzufrieden mit Eisenmanns Schulpolitik

**Umfrage** Die Baden-Württemberger kritisieren mehrheitlich das Krisenmanagement im Bildungsbereich. Viele kennen die Kultusministerin gar nicht. *Von Axel Habermehl*

Schlechtes Zeugnis für Susanne Eisenmann: Viele Baden-Württemberger sind unzufrieden mit der Schulpolitik in der Corona-Krise und mit der CDU-Kultusministerin selbst. Das geht aus dem „BaWüCheck“ hervor, einer repräsentativen Befragung des Allensbach-Instituts für Demoskopie im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage.

Die Befragten loben zwar überwiegend die Pandemie-Politik der Landesregierung insgesamt – die Schulpolitik aber nehmen sie aus. So bewertet eine Mehrheit die Arbeit von Grün-Schwarz bei der Bekämpfung der Corona-Krise als gut (51 Prozent) oder sehr gut (9 Prozent), während nur ein gutes Drittel weniger gute (23 Prozent) oder keine gute (11 Prozent) Arbeit attestiert.

In der Schulpolitik sieht das anders aus. Hier äußert die Mehrheit kritische Meinungen.

35 Prozent der Befragten erkennen in dem Bereich „weniger gute“, 22 Prozent sogar „keine gute Arbeit“. Dagegen sehen 31 Prozent „gute Arbeit“ und lediglich drei Prozent „sehr gute Arbeit“ in dem von der Kultusministerin Eisenmann verantworteten Ressort.

Über Eisenmann selbst, die auch als Spitzenkandidatin der CDU für die Landtagswahl im Frühjahr 2021 antritt, trauen sich die meisten Befragten kein Urteil zu. Ein knappes Drittel (32 Prozent) kennt sie gar nicht, fast ebenso viele

(30 Prozent) haben keine gute Meinung von ihr. 28 Prozent äußern sich unentschieden, 10 Prozent geben an, eine gute Meinung von Eisenmann zu haben. Besonders misslich für die Ministerin: Bei direkt Betroffenen ihrer Politik, bei Eltern von Schul- oder Kita-Kindern, ist sie zwar deutlich bekannter, aber noch unbeliebter: Hier haben 39 Prozent keine gute Meinung von

ihr – nur 14 Prozent eine gute. Die Umfrage stützt sich auf 1000 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 18 Jahre. Im Rahmen

des „BaWüChecks“ sind weitere Umfragen zu anderen Themen geplant.

**Kommentar und Südwestumschau**

#### Die Situation an den Schulen

„Die Schulen stehen wegen der Corona-Krise vor enormen Herausforderungen. Wie bewerten Sie die Situation seit Ausbruch der Corona-Krise? Was trifft auf die Situation an den Schulen in Baden-Württemberg zu?“ (Antworten in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)

	Bevölkerung:	Eltern:
Es fallen nach wie vor viele Unterrichtsstunden aus	47	48
Der Lehrermangel an den Schulen hat sich gravierend verschärft	41	45
Viele Schulen haben kein überzeugendes Hygienekonzept	29	30
Viele Lehrer haben sich wegen Gesundheitsrisiken vom Unterricht befreien lassen	28	34
Die meisten Schulen kommen gut mit der Situation klar	20	22
Die Maskenpflicht an den Schulen wird eingehalten und ausreichend kontrolliert	18	25

GRAFIK BOCK / QUELLE: IFD-ALLENSBACH

**Kommentar**  
Ulrich Becker  
zur Kritik an  
der Schulpolitik



### Kein gutes Zeugnis

Hätten Sie alle Tageszeitungen des Landes abonniert, würden Sie heute morgen staunen: Nicht nur über den erneuten Lockdown berichten alle Blätter, sondern auch über die Umfrage zur Schulpolitik des Landes. Gleichschaltung, Systempresse? Nichts von dem: Die baden-württembergischen Tageszeitungen – 78 Titel mit 1,6 Millionen Auflage – haben sich zusammengetan, um vor der Landtagswahl nachzufassen und nachzuzufassen. Um zu zeigen, dass eine transparente Demokratie nicht ohne Zeitungen funktioniert. Schon der erste Bereich Bildung sollte der Politik zu denken geben – und der Kultusministerin ganz besonders. Das Krisenmanagement an den Schulen sehen 57 Prozent kritisch. Noch ärger sieht es bei der Digitalkompetenz der Lehrer aus: Die halten 69 Prozent für unzureichend. Ein Armutszeugnis nicht nur für diese Regierung. Dass ein Drittel der Befragten die Spitzenkandidatin der CDU nicht einmal kennt, ist da fast Nebensache.

## Wahlwahnsinn

Von Andy Warhol stammt das Bonmot: „In der Zukunft wird jeder 15 Minuten berühmt sein.“ Diese 15 Minuten sind einem Mann aus dem US-Bundesstaat Iowa nicht gut bekommen. Er hatte ein Wahlplakat von Präsidentschaftskandidat Joe Biden geklaut. Die lokale Tageszeitung berichtete darüber in einem kleinen Sammelstück über kleine Verbrechen.

Damit niemand davon erfuhr, griff der Dieb zu einem ungewöhnlichen Mittel: Er klaut kurzerhand auch die Zeitungen. In Teilen der Region war das

Blatt an diesem Tag in Kiosken und Geschäften nicht mehr verfügbar. Dachte der Mann: Aus den Augen, aus dem Sinn? Wenn ja, hätte er ignoriert, dass dieses Phänomen jemandem auffallen könnte.

Vielleicht leidet der Mann aber auch nur an einer hochinfektösen Krankheit, die allerdings nicht mit C beginnt und weitestgehend auf die USA beschränkt ist: Mad Election Disease, zu Deutsch: Wahlwahnsinn. In der Hauptstadt Washington D.C. ist die Krankheit

schon lange außer Kontrolle, ein besonders hartnäckiges Cluster findet sich in einem großen weißen Haus in der Pennsylvania Avenue. Doch auch der südöstlichste Bundesstaat, Heimat aller Florida Men, bleibt nicht verschont. Dort klaut ein 26-Jähriger einen Bulldozer, um in der Nachbarschaft herumzufahren und Plakate von, Sie ahnen es, Joe Biden umzuführen. Immerhin: Ein Impfstoff könnte am 4. November auf den Markt kommen.

Dominik Guggemos

### Kulturhauptstadt Votum für Chemnitz

Berlin. Chemnitz soll „Kulturhauptstadt Europas 2025“ werden. Das teilte die Vorsitzende der mit der Entscheidung beauftragten europäischen Jury, Sylvia Amann, mit. Im Anschluss an die Empfehlung wird die Kulturministerkonferenz im Einvernehmen mit Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) bis Ende 2020 die Gewinnerstadt offiziell ernennen. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) äußerte sich hochofret

### Lkw-Maut EuGH kippt Berechnung

Luxemburg. Deutschland darf bei der Berechnung der Lkw-Maut nicht die Kosten für die Verkehrspolizei einbeziehen. Die Polizei falle unter hoheitliche Befugnisse des Staates und nicht unter Betriebskosten. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg am Mittwoch im Streit zwischen einer polnischen Spedition und der Bundesrepublik über die Rückstattung von Mautgebühren entschieden. *afp*

Wirtschaft

FOTO: © MEILUN/SCHUTTERSTOCK.COM